

20.04.2026 Basel ⌚ 3 Minuten Lesedauer

Fliegende Doppelmoral im Rathaus

Trotz Flugverbot auf der Kurzstrecke fliegen Basler Beamte anstatt den Zug zu nehmen. Damit machen sie sich unglaublich unwürdig.

von Martin Regenass



Jet anstatt Zug: Fliegen ist trotz Flugverbots bei Beamten beliebt, bequem und spart Zeit. Bildmontage: Martin Regenass

Basel-Stadt will im Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnehmen. Anstatt wie schweizweit bis 2050, muss die Basler Bevölkerung das Netto-Null-Ziel beim CO₂-Ausstoss bereits 2037 erreichen. Das hat sich die Stimmbevölkerung mit Annahme der Klimagerechtigkeitsinitiative so auferlegt. Die Basler Regierung geht noch einen Schritt weiter und hat sich und der Verwaltung die Klimaneutralität schon ab dem Jahr 2030 verordnet.

Mit Fernwärme geheizte und Solarstrom produzierende Verwaltungsgebäude, Elektroauto fahrende Verwaltungskader sowie Velo fahrende Staatsangestellte sollen dabei helfen, die ambitionierten Klimaziele zu erreichen.

Zu diesem Strauss an Klimarettungsmassnahmen gehört seit nunmehr sechs Jahren auch, dass Regierungsräte und Kadermitarbeiter für Dienstreisen innerhalb von 1000 Kilometern um Basel den Zug anstatt das Flugzeug besteigen. Dieses faktische Flugverbot hat die Regierung sich selbst und der Verwaltung auferlegt.

Die Behörden sollen so beispielhaft vorgehen und den Einwohnerinnen und Einwohnern signalisieren, es ihnen gleichzutun. Auf den CO₂-intensiven Ferienflug von Basel ins 480 Kilometer entfernte Nizza ist zu verzichten und mit dem Zug nach Südfrankreich an den Strand zu reisen.

Fliegen ist bequemer als Zugfahren

Doch die behördlich verordnete Vorbildrolle versandet. Ob nach München, Berlin oder London: Kadermitarbeiter der Verwaltung besteigen aus Zeit- und Kostengründen lieber den Flieger als den Zug (lesen Sie [☞ hier](#)).

Auch das Aushängeschild der Basler Exekutive, Regierungspräsident Conradin Cramer, nimmt seine Vorbildfunktion im einst als Klimadepartement propagierten Präsidentialdepartement nicht wahr und fliegt bequem in anderthalb Stunden nach Wien, anstatt sich im rumpelnden und ratternden Nachtzug in unbequemen Betten schlafen zu legen, um in der österreichischen Hauptstadt am nächsten Tag zerknittert und halb ausgeruht repräsentativ aufzutreten.

Diese Verweigerungshaltung ist nachvollziehbar und niemand, der einmal im Nachtzug nur halb ausgeschlafen sein Ziel erreichte, verübelt es dem Regierungspräsidenten, dass er eine Ausnahmegewilligung beantragt und diese auch erhält. Der Punkt ist nur, dass es einer Heuchelei gleichkommt, im Gesetz Regelungen festzuschreiben, die dann mit locker ausgesprochenen Ausnahmegewilligungen ausgehebelt werden.

Bevölkerung wird mit strengen Regeln kujoniert

Gleichzeitig kujoniert die Regierung die Bevölkerung und das Gewerbe mit der Aufhebung von Parkplätzen zugunsten des Klimaschutzes oder piesackt sie mit nie endenden Baustellen für den Bau von Fernwärmeleitungen.

Will ein Hauseigentümer seine Ölheizung sanieren und mit klimaneutralem Heizöl betreiben, erhält er von den zuständigen Stellen sicher keine Ausnahmegewilligung. Zudem plant die Regierung, Hauseigentümern den Bau von Solardächern zur Stromgewinnung aufzuzwingen. Ob es dann für finanziell schwächer gestellte Hausbesitzer auch locker-flockig erteilte Ausnahmegewilligungen gibt, darf schon heute bezweifelt werden.

Wenn schon strenge Klimagesetze beschlossen werden und Basel-Stadt damit seinen bescheidenen Teil zur Weltrettung vor dem Klimauntergang beitragen soll, dann müssen diese Vorgaben zwingend auch die Behörden einhalten. Ansonsten machen sich Regierung und Verwaltung höchst unglaubwürdig und sollten die Spesenverordnung

wieder dahingehend ändern, dass Fliegen im Umkreis von 1000 Kilometern erlaubt ist. Das ist wenigstens ehrlich.